



Forum Friedensethik

in der evangelischen Landeskirche in Baden

Leitungskreis: Bettina Auffarth-Preuß, Hans-Georg Dittrich, Dr. Dirk-M. Harmsen, Hartmut Müller, Bettina Ott, Dr. Albert Schäfer, Dr. Wilhelm Wille

den 16. Januar 2003

ES IST IMMER NOCH NÖTIG, DEN KRIEG ZU VERHINDERN!

In der Weihnachtszeit wurden in den Medien viele Äußerungen von Kirchenführern gegen einen drohenden Krieg im Irak zitiert. Dies ist gedeckt durch die Stimmen von vielen ChristInnen in den Gemeinden und Gruppen. Dieser Zusammenhang muss öffentlich gemacht werden, damit das eine – die Bischofsworte – nicht abgehoben bleibt und die anderen politikfähig werden.

Wir leiten unseren Protest gegen die scheinbar oder anscheinend unaufhaltsame Zuspitzung zum Waffengang, wie vor allem von US- und britischer Regierung angestrebt, aus der Verantwortung gegenüber der biblischen Botschaft ab. Dieser Protest folgt aus dem ernstgemeinten Versuch, den Willen Gottes zu erkunden, sich daran zu binden und dies im Zusammenleben der Völker und Religionen geltend zu machen. Wir wollen es nicht anders sagen als mit den Worten von Amsterdam 1948: "Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein!"

Wir sehen mit allen Menschen guten Willens die Bedrohung, die vom Terrorismus und von Diktatoren ausgeht. Saddam Hussein gehört zu den Bedrohern. Bisher ist ihm aber eine Verbindung zum Terrorismus nicht nachgewiesen worden. Wir sehen jedoch die Gefahr, die von einem Krieg als politischem Mittel ausgeht. Da würde das preisgegeben, was es herzustellen oder zu erhalten gilt: eine Bindung an internationales Recht und die Bewahrung der unschuldigen Bevölkerung.

Wir fürchten die Eigendynamik, die jeder Krieg mit sich bringt. Das wissen wir Christen in Deutschland aus den Erfahrungen des 2. Weltkriegs. Das wissen wir – verbunden mit Kriegsgegnern in den USA – aus der Zeit des Vietnamkrieges. Diese Eigendynamik ist auch sichtbar in den Kriegen, die auf dem Balkan, am Persischen Golf, in Afghanistan und in Israel/Palästina geführt wurden und werden.

Wir fürchten um die Zerstörung der Stabilität im Verhältnis zwischen christlicher und islamischer Welt. Ein Waffengang würde gewiss als imperialistische Maßnahme – auch um den Zugang zu Ölreserven – gedeutet und zu Solidarisierungen in den arabischen Völkern führen, die dann den Frieden noch mehr gefährden und dem Terrorismus Auftrieb geben.

Wir fordern die Intensivierung der Suche nach politischen und polizeilichen Maßnahmen gegen die Bedrohungen an vielen Stellen der Welt. Eine Ungleichbehandlung zerstört das Rechtsempfinden, also die Gerechtigkeit, von der auch die biblische Hoffnung spricht.

Das **Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden** arbeitet als Zusammenschluss von ca. 60 Personen an den friedensethischen Herausforderungen. Der Leitungskreis will mit der Veröffentlichung zweier Artikel seines Rundbriefes in diesem Blatt einen Beitrag zur Diskussion in den Gemeinden und Gruppen leisten.

Wir bitten, diesen Text zu vervielfältigen und in die Gemeinden zu tragen. Und wir hoffen, dass viele die Stimme erheben und öffentlich machen:

ES IST IMMER NOCH NÖTIG, DEN KRIEG ZU VERHINDERN!

(Pfarrer Dr. Albert Schäfer, Sprecher des FFE-Leitungskreises)

Die folgenden zwei Artikel sind dem FFE-Rundbrief 2/2002 vom November 2002 entnommen.

Editorial von Albert Schäfer

"Wie wird Friede ..." Sollen wir die Frage fallen lassen? Weil sie utopisch ist? Sollen wir die Textstellen Jesaja/Micha schwärzen, damit sich keiner mehr an ihnen aufreißt? Sollen wir dem Weihnachts-Gesang der Engel vom "Frieden auf Erden" einen neuen Text unterlegen, der es auf die Innerlichkeit des Christen lenkt, damit nicht jemand sich genötigt sieht, nach Nahost oder in den Irak zu schauen? Realpolitik oder christliche Hoffnung.

Realpolitik: Eine Zwickmühle ist aufgebaut. Hat der Nahost-Diktator Massenvernichtungswaffen, ist das ein Kriegsgrund für den Präsidenten der Weltmacht. Findet man keine, kann dies als Lüge ausgelegt und zum Kriegsgrund werden. Gibt die UNO das Mandat dazu, ist das Völkerrecht gewahrt. Gibt sie es nicht, beansprucht der Präsident den Alleingang. Krieg gegen das Böse. Nicht gegen alles Böse, denn die ähnlichen Waffen in anderen Ländern führen nicht zum Einschreiten, sondern setzen allenfalls diplomatische Verhandlungen in Gang. Es gibt also das böse Böse und das weniger böse Böse; sprich: Irak und Nord-Korea. Manchmal setzen die Nachrichten in mir einen unheimlichen Sarkasmus frei. Kein Entrinnen. Denn sagen wir etwas gegen den Amerikaner, werden wir des Anti-Amerikanismus verdächtigt. Sagen wir etwas Kritisches zu Israel, ist es sogar "verkappter Antisemitismus". Schweigen? Und sich in die friedliche Weihnachtsbotschaft einhüllen, damit der kalte Hauch uns nicht erstarren lässt?

Realpolitik ist dann auch die erklärte Absicht, sich an dem angedrohten Krieg nicht zu beteiligen. Und dann sind wir doch drin, mit Überflugrechten, mit Awacs vielleicht und Waffenlieferungen in eine Krisenregion, auch wenn es defensive Waffen sein sollen. Große Worte werden herunterdekliniert – früher sagte man dazu "gebeugt". Wir kriegen die Weste nicht weiß, wenn wir sagen: "Wir machen nicht mit" statt "Wir sind gegen den Krieg."

Christliche Hoffnung: das Reich Gottes schon angebrochen mit der Geburt Jesu. Das soll ich hoffen, auch wo es sich verborgen gibt. Ja, auch etwas Verborgenes ist existent! Es ist dort, wo wir mit der Kraft der Ohnmacht nicht verstummen: Die Botschaft der Engel meint auch das En-

Kontaktadresse: Evangelische Markuspfarrei Weinheim, Ahornstraße 50, 69469 Weinheim, Tel. 06201-12589, eMail: evmarkuspfarrei-Whm@t-online.de

de der Kriege. Hätten wir diese Hoffnung nicht, dann müssten wir uns mit den realpolitischen Vorgängen zufrieden geben. "Zufrieden" wäre dann ein Verzicht auf Frieden.

Wir brauchen Kenntnis von den kriegskritischen Stimmen in Amerika, damit die Kritik an Bush nicht als anti-amerikanisch diffamiert werden kann. Und wenn ich an Nahost denke, dann gilt mein Empfinden den kriegs- und terrorbedrohten Israelis zuvörderst. Und ich bin dankbar zu erfahren, dass es auch dort eine Friedensbewegung gibt, mit der wir in unserem Anliegen koalieren können; also weder anti-israelisch noch antisemitisch. Deren Frieden erhoffen wir mit unserer Behauptung, dass Gewalt nicht durch Gewalt besiegt wird, dass das Böse nicht durch böse Mittel in den Händen der selbstbewussten "Guten" aus der Welt geschafft werden kann. Ich möchte auch einem Diktator keine Vorwände liefern, sich als Märtyrer aufzuspielen – und dafür andere Menschen zu opfern. Dies moralische Argument ist mir ebenso wichtig wie das politisch-strategische von der Unkalkulierbarkeit eines Krieges im Nahen und Mittleren Osten.

Und deswegen brauchen wir das Gespräch. Nicht nur mit Politikern über Politik und Strategie. Sondern miteinander über die Friedensverheißung; über die Frage, ob wir dem Wort Gottes mehr zutrauen, als den Mächtigen, die in der Welt das Sagen haben. Der Kreuzestod des Jesus, dessen Geburt nun gefeiert wird, war für seine Jünger ein Rückschlag. Dass sie Gott mehr zutrauen können, das haben sie erst danach erfahren. Dass Gottes Reich angebrochen ist, zeigt sich bei den Menschen, die die biblische Verkündigung ernst nehmen, sie beim Wort nehmen, ihr Gestalt zu verleihen suchen auch gegen Rückschläge. Wir melden uns als Kirche zu Wort. Wir diskutieren und beten zugleich. Wir suchen die Auseinandersetzung unter den Menschen und wir suchen die Hilfe Gottes. Denn ob wir im Recht sind mit unserer Hoffnung, das ist eine Sache des Vertrauens auf Gott.

So bleibt an dieser Stelle: "Friede auf Erden" – die Hoffnung, die nie verstummen darf!
Dr. Albert Schäfer

Friede auf Erden – Krieg gegen den Irak? von Wilhelm Wille

Einige Gesichtspunkte zur politischen und theologischen Urteilsbildung Fragwürdige Behauptungen der Kriegsbefürworter

Bekanntlich ist die Wahrheit immer das erste Opfer im Krieg, und der Krieg beginnt nicht erst mit dem ersten Schuss. Erinnern wir uns: Als 1990 der US-Kongress noch zögerte, sein Plazet zu den Kriegsplänen des Präsidenten George Bush sr. zu geben, trat bei einer Anhörung im Kongress eine kuwaitische Krankenschwester auf und berichtete unter Tränen, Saddam Husseins Soldaten hätten Frühgeborene aus den Inkubatoren auf den kalten Klinikboden des al-Addan Hospitals geworfen. Der amerikanische Senat gab grünes Licht für den ersten Irak-Krieg. Seit langem ist bekannt, dass es sich bei der jungen Frau um die Tochter des kuwaitischen Botschafters in Washington handelte und die ganze Geschichte erfunden und einstudiert worden war von der Public Relations Agentur Hill & Knowlton. Verantwortlich für das Ganze war damals ein politisches Milieu, dessen einflussreichste Männer auch heute wieder in Washington das Sagen haben.

Diesmal sagen sie, man müsse Krieg führen, um dem irakischen Diktator die Massenvernichtungsmittel aus der Hand zu schlagen, die er unter Missachtung einschlägiger Resolutionen des Weltsicherheitsrates immer noch besitzt und mit denen er die ganze Welt bedroht. Nun ist Saddam Hussein ein großes Übel, aber das allein ist bestenfalls die halbe Wahrheit. Man sollte sich daran erinnern, dass während des Krieges mit dem Iran der "Schurke" als Verbündeter des Westens behandelt wurde. In jener Zeit wurden erhebliche Mengen von Substanzen, die für die Entwicklung von Bio-Waffen benötigt werden, aus den USA in den Irak importiert. Selbst beim Export von Materialien, die zur Herstellung von A-Bomben erforderlich sind, drückten die amerikanischen Behörden ein Auge zu.

Wichtig ist auch zu erinnern, dass in der Tat der UN-Sicherheitsrat 1991 in seiner Resolution Nr. 678 verbindlich die Entwaffnung des Iraks forderte. Ausdrücklich ist allerdings davon die Rede, dass der Irak abrüsten muss im Kontext eines künftig von Massenvernichtungsmitteln freien Nahen Osten. Hat jemand davon gehört, dass Israel seine Atombomben verschrotten soll? Kann die arabische Welt dann glauben, dass es hier mit rechten Dingen zugeht – um Völkerrecht und Frieden Krieg geführt werden muss?

Belastbare Beweise dafür, dass Saddam nach 10 Jahren Embargo, jahrelangen UN-Inspektionen und gezielter Zerstörung seiner Bestände an B- und C-Waffen noch das behauptete große Risiko für den Weltfrieden darstellt, gibt es nicht. Die Geheimdienste, so u.a. der deutsche UNO-Diplomat Hans von Sponeck, bis zum Frühjahr 2000 Koordinator der Vereinten Nationen für die humanitären Hilfsprogramme im Irak, gehen davon aus, dass der Irak allenfalls geringe Bestände besitzt, aber keine Trägersysteme, Voraussetzung für den Einsatz dieser Waffen gegen Nachbarländer. A-Waffen soll er in relativ kurzer Zeit herstellen können, wenn er die entsprechenden Maschinen und Materialien importieren kann – aber das gilt für einige Dutzend Staaten. Kein triftiger Grund also für die USA, das Recht auf Selbstverteidigung angesichts eines unmittelbar drohenden Angriffs für sich in Anspruch zu nehmen.

Saddam ist ein blutrünstiger Tyrann. Aber das war er auch schon, als Herr Rumsfeld ihm 1983 während des Krieges gegen den Iran freundlich die Hand schüttelte. Der hielt auch mit seine Hand über ihm, als er 1988 in Halabscha Tausende von aufständischen Kurden samt ihren Frauen und Kindern vergasen ließ. Dem für die Durchführung jener Aktion verantwortlichen irakischen General – er hat sich zwischenzeitlich mit Saddam überworfen und in Dänemark Asyl beantragt – hat die amerikanische Regierung eine wichtige Rolle beim Aufbau eines "demokratischen" Nachkriegs-Irak zugezählt.

Menschenrechtsverletzungen, wie sie jetzt, wo die Kriegstrommeln schon dröhnen, die englische Regierung Saddam Hussein mit gespielter Empörung vorwirft, für den Fall, dass aus irgendeinem Grund das Argument "Massenvernichtungsmittel" als Kriegsgrund nicht taugen sollte, begeht auch das Regime in Saudi Arabien oder in Pakistan, ganz zu schweigen von den Massenmördern der so genannten afghanischen Nordallianz. Aber das sind jetzt alles "our friends". Amnesty International hat denn auch den Bericht, den der Britische Außenminister Jack Straw am 3. Dezember 2002 der Öffentlichkeit übergab, als eine "kalte und kalkulierte Manipulation" der Menschenrechtssituation im Irak bezeichnet. Die Generalsekretärin Irene Khan erklärte: "Lasst uns nicht vergessen, dass eben diese Regierungen vor dem Golf Krieg die Berichte von Amnesty International über weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen im Irak nicht sehen wollten." Zu erinnern ist auch noch an folgendes: UNICEF geht davon aus, dass aufgrund der von Washington und London durchgesetzten Sanktionen gegen den Irak dort seit 1991 rund eine Million Menschen gestorben sind – etwa die Hälfte davon Kinder unter fünf Jahren. Darauf angesprochen sagte die ehemalige amerikani-

sche Außenministerin Madeleine Albright in einer Sendung des US- Fernsehsenders Fox im Mai 1996: "Es ist eine harte Wahl. Aber wir glauben, dass es den Preis wert ist." Wie glaubwürdig sind da die Krokodilstränen ihres Kollegen Jack Straw?

In Wirklichkeit geht es einmal um den Zugriff auf die irakischen Ölreserven. Außerdem will die amerikanische Regierung die Landkarte des Nahen Ostens neu zeichnen, um auf diese Weise den letzten Rest von arabischem Widerstand gegen die amerikanische Vorherrschaft zu eliminieren und die Region nutzen zu können als Aufmarschgebiet für den nächsten Krieg gegen den Iran – darüber wird in den amerikanischen und israelischen Medien schon offen gesprochen. Am deutlichsten geht das aus einem Memorandum hervor, das Richard Perle, Staatssekretär in der Regierung Ronald Reagans, heute einflussreicher Politikberater, im Wahlkampf 1996 für den israelischen Politiker Benjamin Netanjahu angefertigt hatte. Aus taktischen Gründen – die amerikanische Bevölkerung ist nicht für einen Krieg im Alleingang – hat sich Bush für den Gang zum UN-Sicherheitsrat entschieden. Er hat aber vorher und hinterher keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, dass er sich gegebenenfalls über das völkerrechtliche Verbot eines Präventivkrieges hinwegsetzen wird. (Auch hier tut Erinnerung gut: Zum letzten Mal hatten Deutschland und Japan 1941 für sich das Recht auf Führung eines Präventivkrieges in Anspruch genommen.)

Kirchliche Stellungnahmen im anglo-amerikanischen Raum

Aus den Kirchen ist ein deutliches Nein zum geplanten Irak-Krieg zu vernehmen. Sie haben sich als eine kräftige Stimme in der wachsenden amerikanischen Friedensbewegung zu Wort gemeldet. Englische und amerikanische Kirchenführer, von den Anglikanern bis zu den Quäkern, aber auch Vertreter des Nationalen Kirchenrats der USA haben eine Erklärung veröffentlicht "Den Irak entwaffnen ohne Krieg". Es sind einerseits Männer und Frauen, die pazifistische Überzeugungen vertreten, aber auch solche, die an der Lehre vom gerechten Krieg festhalten, "geleitet von einer Vision von einer Welt, in der die Völker nicht versuchen, internationale Probleme zu lösen, indem sie gegen andere Völker Krieg führen". Sie fordern eine Entwaffnung des Iraks im Rahmen der Regeln der Vereinten Nationen, verbinden diese Forderung aber mit der nach einer graduellen Aufhebung der Sanktionen gegen den Irak. Einen Krieg lehnen sie ab, mit dem Hinweis darauf, dass er einen verheerenden Präzedenzfall darstellen würde, "den Nahen Osten weiter destabilisieren und dem Terrorismus weiteren Zündstoff liefern könnte." Deutlich stellen sie fest: "Wir glauben daher nicht, dass ein Krieg gegen den Irak nach den Prinzipien der Lehre vom gerechten Krieg gerechtfertigt werden kann, sondern rechtswidrig, unvernünftig und unmoralisch sein würde." Die Selbstverpflichtung zum Gebet für die betroffenen Regierungen bleibt erfreulich deutlich: "Wir beten darum, dass unsere Regierungen sich von moralischen Prinzipien, politischer Vernunft und den verbindlichen Regeln des Rechtes leiten lassen *und aufhören, zum Krieg zu rufen.*" Motto der Erklärung ist Jesaja 2,4: "Denn es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen."

Die Katholischen Bischöfe der USA beziehen sich ebenfalls in einer Erklärung vom 13.11.2002 auf die Lehre vom gerechten Krieg. Auch sie raten vom Krieg ab, im Ton vielleicht etwas vorsichtiger: "Auf der Grundlage der Fakten, die uns bekannt sind, finden wir es weiter schwierig, eine Entscheidung zum Krieg gegen den Irak zu rechtfertigen, da es keine klaren und angemessenen Beweise für einen unmittelbar bevorstehenden schwerwiegenden Angriff gibt." Sie erinnern an die Leiden der irakischen Zivilbevölkerung, das durch das bisherige Embargo verursacht worden ist. Natürlich unterstützen sie die Forderung nach einer Beseitigung etwaiger irakischer Massenvernichtungsmittel, fordern aber bei künftigen Sanktionen eine sorgfältigere Berücksichtigung der Bedürfnisse der Zivilbevölkerung. Außerdem weisen sie deutlich darauf hin, dass die Position der USA in der Frage der Abrüstung der irakischen Massenvernichtungsmittel wenig glaubwürdig ist. Die USA werden in diesem Zusammenhang aufgefordert "ihren Verpflichtungen zu ernsthaften Verhandlungen zur nuklearen Abrüstung entsprechend dem Vertrag über die Weiterverbreitung von Atomwaffen nachzukommen." Am Ende der Erklärung findet sich eine Verpflichtung zum Gebet für die amerikanischen Soldaten – für meine Begriffe ein bisschen zu ausgewogen: "Wir stehen an der Seite derer, die ihr Leben im Dienste unserer Nation aufs Spiel setzen." Aber immerhin kann man auch lesen: "Wir stehen an der Seite derer, die ihr Recht auf grundsätzliche oder selektive Kriegsdienstverweigerung in Anspruch nehmen wollen." Auch vermeidet die Selbstverpflichtung zum Gebet für Präsidenten und andere politische Führer die bei solchen Gelegenheiten sich leicht einstellenden Hurra-patriotischen Untertöne: "Wir beten für Präsident Bush und die Regierungen der Welt, dass sie ernsthaft nach Wegen suchen, vom Abgrund des Krieges zurückzutreten".

Last but not least, auch die Bischöfe der Methodistischen Kirche, deren Mitglied der amerikanische Präsident ist, lehnen eindeutig den Irak-Krieg ab: "Ein Präventivkrieg gegen einen Staat wie den Irak widerspricht in jeder Hinsicht dem, was wir als Wesen des Evangeliums verstehen, den Lehren unserer Kirche und unserm Gewissen." Die Erklärung, in der dieser Satz steht, wollten sie ihrem prominenten Kirchenmitglied selbst überreichen. Bush weigerte sich aber, sie zu treffen. Das angebotene Gespräch mit einem Mitarbeiter des Präsidenten lehnten ihrerseits die Bischöfe ab. Sie übergaben eine Kopie ihres Textes am Eingang des Weißen Hauses.

Noch deutlicher wurde Thomas Gumbleton, Weihbischof von Detroit, Gründer von Pax Christi USA in einer Rede vor Gemeindeleitern am 14. Oktober. Er forderte sie auf, in ihren Predigten nicht nur zu erklären, dass der geplante Krieg nicht zu rechtfertigen sei, sondern die Glieder ihrer Gemeinden auch zu überzeugen, dass sie aktiv gegen den Krieg Stellung nehmen müssten. Gumbleton nannte auch den wahren Kriegsgrund – "die Ölreserven des Irak zu kontrollieren" – um dann hinzuzufügen: "Es geht also darum, unsern Lebensstil zu schützen, unsern exzessiven Ölverbrauch. ... Wenn das so ist, dann ist damit ein schwerwiegendes Urteil über unser Land gesprochen." Ähnlich äußerte sich ein amerikanischer Lutheraner. Mark S. Hanson, leitender Bischof der Lutherischen Kirche in Amerika, meinte: "Vor dem Thron Gottes zählt kein Patriotismus und keine Vormachtstellung der USA als stärkster Nation. Wider den Alleingang von Bushs Kriegspolitik gegen den Irak benötigt Amerika eine selbstkritische Grundsatzdebatte über den American Way of Life."

Eine ganze Reihe anglikanischer und katholischer Bischöfe Englands haben sich ebenfalls deutlich zum Irak-Krieg geäußert. Der katholische Erzbischof von Westminster Kardinal Cormac Murphy-O'Connor warnte in einem Artikel in der Times vom 5.9.02 vor den schwerwiegenden Konsequenzen eines Krieges, "der möglicherweise die gesamte arabische Welt gegen den Westen aufbringen" würde. Bischof Thomas McMahon, Pax Christi nahestehend, erklärte die Kriegspläne seiner Regierung für "zutiefst böse und tollkühn", weil sie sich über das Völkerrecht hinwegsetzten. Dr. Eamon Duffy, prominenter katholischer Theologe und Präsident des Magdalen College in Oxford sagte: "Wenn der demokratische Westen seine moralische Glaubwürdigkeit bewahren soll und wenn wir eine mörderische Konfrontation mit einer islamischen Welt, radikalisiert durch Armut und leidenschaftliche Ablehnung des westlichen Imperialismus, vermeiden wollen, dann müssen wir darüber hinausgehen, unsere Interessen zu verteidigen und unsere Feinde zu bestrafen. Wir müssen unsere ernsthafte Absicht erkennen lassen, die Freiheit und den Wohlstand, dessen wir uns erfreuen, mit den Armen der Welt zu teilen."

Schon vor ihrem gemeinsamen Wort mit den amerikanischen Kirchenführern haben zahlreiche anglikanische Bischöfe gegen den Krieg Stellung bezogen, darunter auch der neu gewählte Erzbischof von Canterbury Dr. Rowan Williams. Bemerkenswert besonders ein Artikel in der

Online Ausgabe des "Daily Telegraph" vom 6.11.2002. Darin hebt er hervor, dass ein Präventivkrieg gegen den Irak nicht nur generell in verschiedenen Konfliktregionen der Welt Präventivschläge ermutigen könnte, sondern auch das Risiko einer atomaren Auseinandersetzung mit sich bringt: "Abgesehen von der potenziell destabilisierenden Wirkung präventiver Aktionen auf die ethischen Grundlagen der Staatengemeinschaft ... ist es sehr schwierig genau abzuschätzen, welche Art Waffen ein in die Enge getriebener Saddam Hussein einsetzen könnte; und genau so ist es mit dem Gegenschlag, der dann ausgelöst werden könnte in der Region von Seiten der einzigen Nuklearmacht – Israel." Sodann arbeitet Rowan Williams einen weiteren für die theologische Diskussion wichtigen Gesichtspunkt heraus.

Es gibt keine Hinweise darauf, dass eine nennenswerte Zahl von Menschen in der Region eine amerikanische Invasion zum Sturz Saddam Husseins wirklich wünscht. Nicht einmal in Israel, wo die "Falken" zu überwiegen scheinen, ertönt eindeutig und klar der Ruf nach einem Angriff auf den Irak. Die meisten arabischen Regime geben eher ihre Sorge vor einer radikalen Reaktion ihrer Bevölkerungen nach einem Angriff auf den Irak zu erkennen. "Die entscheidende ethische Frage ist jetzt, ob wir wirklich behaupten können, dass unsere Wahrnehmung der Bedürfnisse der Region von größerem Gewicht ist als das, was ihre Bewohner im allgemeinen auszudrücken scheinen. Wenn wir diese Frage bejahen, dann sind wir mit der klassischen moralischen Infragestellung des Kolonialismus verschiedenster Schattierungen konfrontiert: wir sind nicht die idealen Richter über die Interessen anderer, wenn unsere eigenen Interessen im Spiel sind (Wir wissen genau, welche Rolle das Öl hier spielt!)" Und dann erinnert er daran, dass die christlichen Minderheiten im Nahen Osten werden ausbaden müssen, was der Westen mit einem Krieg gegen den Irak in der arabischen Welt anrichten wird.

Leider ist auch in England und Amerika nicht alles Gold, was glänzt. In der zweiten Novemberwoche hat die Generalsynode der anglikanischen Kirche die Bischöfe desavouiert. Mit 140:110 Stimmen hat sie beschlossen, auch ohne eine weitere, den Krieg ausdrücklich legitimierende Resolution des Sicherheitsrates der UNO, könnte ein Angriff auf den Irak erfolgen. Wer auf einer solchen bestünde, spielte Saddam Hussein in die Hände, meinte die Synodenmehrheit. Im Beschluss steht dann auch, dass ein solcher gerechtfertigter Angriff wahrscheinlich die Glaubwürdigkeit der UNO unterminieren würde und dass ein Krieg nur als "ultima ratio" in Frage käme. Mancher wird sich da an leidvolle Erfahrungen mit heimischen Synodenbeschlüssen erinnert fühlen.

Deutsche kirchliche Stimmen

Erfreulich deutlich hat sich allerdings die Synode der Nordelbischen Kirche am 28.9.02 in Rendsburg geäußert. Sie bezieht sich in ihrer Erklärung ausdrücklich auf den bisherigen Konsens, mit dem die deutschen Kirchen nach dem Zweiten Weltkrieg über die Lehre vom gerechten Krieg hinausgegangen sind. Seine Bedeutung für den Umgang auch mit dem Problem des Terrorismus wird ausdrücklich festgehalten. Der Beschlusstext ist mit dem Wort der Amsterdamer Vollversammlung des ÖRK überschrieben "Krieg soll nach Gottes Willen nicht mehr sein" und beginnt mit der Feststellung: "Krieg ist kein Mittel der Politik mehr. Das Recht des Stärkeren darf nie mehr triumphieren über die Stärke des Rechts der Völkergemeinschaft." Hingewiesen wird auf die absehbaren Folgen eines Krieges für den interreligiösen Dialog: "Ein Krieg ohne die Perspektiven einer zukünftigen Friedensordnung würde die Region weiter destabilisieren, die Position der Fundamentalisten stärken ... und darüber hinaus den notwendigen christlich-jüdisch-muslimischen Dialog auf lange Zeit unmöglich machen." Dann wird die ethische Maxime des Gerechten Friedens in den Vordergrund gerückt: "Die Synode ... ist der Überzeugung, dass ein gerechter Frieden nicht auf dem Boden militärischer Gewalt wachsen kann. Gerechter Friede wurzelt dagegen in dem Respekt vor dem anderen Menschen, der Anerkennung seines Rechts auf Leben und Entfaltung. Diese Grundsätze zu beachten und neu in Geltung zu setzen, muss das Ziel aller Bemühungen um einen Frieden im Nahen Osten sein."

Erfreulich, dass auch der Rat der EKD sich eindeutig gegen den geplanten Irak-Krieg ausgesprochen hat. Einen Regimewechsel im Irak mit kriegerischen Mitteln lehnt er ausdrücklich ab. Er bedauert, dass zur Zeit ausschließlich militärische Optionen bei der Diskussion der Lage im Nahen Osten im Vordergrund stehen und warnt vor den die gesamte Region destabilisierenden Folgen eines Krieges. Saddam Husseins Griff nach Massenvernichtungsmitteln stellt eine große Gefahr dar, aber es gilt: "Dennoch darf die Anwendung militärischer Gewalt nur nach den Regeln des Völkerrechts erfolgen, und der Einsatz deutscher Soldaten ist den Bestimmungen der Verfassung unterworfen." (Pressemeldung vom 6.9.2002) Angesichts der erkennbaren massiven Versuche, beides zu manipulieren, hätte man sich auch von der deutschen Kirchengemeinschaft ein orientierendes kritisches Wort zu den tatsächlichen Motiven der westlichen Politik und ihrer grundlegenden Versäumnisse gewünscht.

Immerhin ist die Synode der EKD noch etwas konkreter geworden. In ihrer Erklärung vom 7. November 2002 heißt es: "Sie (die Synode) stellt sich an die Seite all der Kirchen in den Vereinigten Staaten von Amerika, die ihre Regierung nachdrücklich aufgefordert haben, von den Kriegsplänen gegen den Irak Abstand zu nehmen." Sodann werden die Gemeinden ausdrücklich zum Friedensgebet aufgefordert: "Die Synode bittet die Gemeinden, angesichts zunehmender Gewalt in unserm Land und zwischen den Völkern und Staaten, das regelmäßige bzw. anlassbezogene Friedensgebet beizubehalten bzw. einzuführen, um die Kraft des Friedens Jesu Christi der menschlichen Gewalt entgegenzusetzen."

Die Liste kirchlicher Stellungnahmen muss unvollständig bleiben. Erwähnt sei aber noch, dass und wie sich die katholischen Bischöfe geäußert haben. Im Anschluss an die Herbst-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz bezog sich Kardinal Lehmann auf einige wichtige Grundsätze katholischer Friedensethik, wie sie im Friedenswort der Bischöfe "Gerechter Friede" niedergelegt wurden. Nach einer Erinnerung daran, dass allenfalls in ganz engen Grenzen der Einsatz militärischer Gewalt noch vertretbar erscheint, sagte Lehmann deutlich: "Die Beanspruchung eines Rechtes zum 'Präventivkrieg', der auf Verdacht und Vermutung hin erklärt würde, ist nicht zulässig", um dann nach einigen Überlegungen, die wir aus den Erklärungen anderer Kirchen schon kennen, zu schließen: "Vor diesem Hintergrund drängen wir nachdrücklich darauf, einen Krieg im Irak zu vermeiden. Die Politik des Drucks, der auf das Regime des Saddam Hussein ausgeübt werden muss, darf nicht so angelegt sein, dass sie unvermeidlich in einem Krieg endet. Gerade für den Nahen Osten gilt: Nicht die Vermehrung der Gewalt ist das Gebot der Stunde, sondern die Unterbrechung der Kette der Gewalt. Nur wenn alle Völker der Region den Eindruck gewinnen, dass ihre Interessen in den Machtzentren der internationalen Politik ernsthaft berücksichtigt werden, kann jenes Vertrauen wachsen, ohne das es keinen Frieden gibt."

Übrigens, bei einem Gespräch zur Planung gemeinsamer Friedensaktionen in Freiburg fragte neulich ein freundlicher, aber kirchenferner junger Mann die anwesenden Vertreter christlicher Gruppen: "Weihnachten, hat das nicht was mit Frieden zu tun? Könnt ihr da nicht auch was machen?" Erstaunlich, wie groß immer noch die Erwartungen sind, die sich auch hierzulande an Kirche richten.